

**Ist Politik
käuflich?**

Haben und Nichthaben

Natürlich ist es auch eine Geschmacksfrage: Mir war es immer lieber, dass Adenauer, Strauß oder Kohl von westdeutschen Wirtschaftskapitänen unterstützt und nicht – wie die Regierung von Willy Brandt – durch Stimmenkauf aus Ost-Berlin gerettet wurden. Die reichste Partei Deutschlands ist heute die kleine PDS und eine der reichsten in Europa übrigens auch. Was auch wieder beweist, dass die Linken (entgegen ihrem Ruf) in Gelddingen geschickter (oder unverschämter) sind als die Rechten. Jedenfalls wenn es um Geld und Politik geht.

Riesentheater um Kohls zwei Millionen Mark Ehrenwortgeld, im Lauf von fünf Jahren angesammelt. Wo jedoch die acht Millionen Mark verbucht sind, mit denen der DGB (satzungswidrig) allein den letzten SPD-Bundestagswahlkampf unterstützt hat, weiß niemand. Angela Merkel ist keine Spendenmillionärin, dafür verfügt die deutsche SPD über Holdings, die ein Milliardenvermögen repräsentieren (Beteiligung an Verlagen, Rundfunksendern etc.). Ende der 70er-Jahre verbrachte die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung 24 Millionen Mark nach Israel; Anfang der 80er-Jahre die hessische CDU 8,5 Millionen Mark in die

Schweiz. Für Alfred Nau gab es ein Staatsbegräbnis, für Manfred Kanther ein Strafverfahren.

Bei wenig Dingen müssen die Roten ein so rabenschwarzes Gewissen haben wie bei Herkunft und Verwendung ihrer politischen Gelder. Vielleicht sind sie gerade deshalb bei diesem Thema so frech gegen andere.



Mein Herz schlägt auf dem rechten Fleck

Von Peter Gauweiler

Ja. Geld regiert die Welt

Seit Monaten beobachten wir einen Elertanz. Helmut Kohl will die Spender nicht nennen, Waffenhändler pflegen die politische Landschaft. Große Summen unbekannter Herkunft wurden ins Ausland verschoben. Leisler Kiep findet mal eben eine Million. Unbeeindruckt behaupten viele, Politik sei in Deutschland nicht käuflich.

Merkwürdig ist, dass wir die Heuchelei aufgeben, wenn es um die USA geht. Das Anti-Raketen-Programm wird aufgelegt, weil die Waffenindustrie Bush mit acht

Millionen Dollar unterstützte. Das Abkommen von Kyoto wird gekippt, weil die Kohle-Industrie 12,4 Millionen Dollar spendete. Die Wall Street schmirt Demokraten und Republikaner, damit das internationale Finanzsystem bleibt, wie es ist. Mit Währungsspekulation kann man viel verdienen.

Wer Geld gibt, will etwas dafür. Und oft bekommt er es. Das gilt auch in Deutschland. Wenn die Rentner so viel Geld locker machen könnten wie Banken und Versicherungen, dann sähe die „Rentenreform“ anders aus. Wenn Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger großzügig sein könnten wie Waffenhändler, kämen sie besser weg.

Das meiste Geld von der Wirt-

schaft erhalten CDU/CSU und FDP. Damit das nicht so auffällt, bekommt auch die SPD etwas ab. Grüne und PDS, klein und machtlos, gingen bisher praktisch leer aus.

Politik darf in einer Demokratie nicht käuflich sein. Deshalb muss man Großspenden in Zukunft verbieten. Wie in den Gemeinden sollten Abgeordnete wegen Befangenheit nicht abstimmen, wenn ihre Firma oder ihr Geldgeber von der Entscheidung profitiert. Wer diese Gesetze nicht beachtet, muss hart bestraft werden. Die Demokratie will die Herrschaft des Volkes, nicht die Herrschaft des großen Geldes.



Mein Herz schlägt links

Von Oskar Lafontaine